



Prof. Dr. Michael Opielka

## „Sachsen-Anhalt 2040 – Zukunftsplanung und Zukunftsforschung“

Können wir heute, im Jahr 2015, eine wissenschaftlich fundierte Aussage über Sachsen-Anhalt im Jahr 2040 machen? Der Blick in die vielen Dokumente, die die Landesregierung in den vergangenen Jahren zur Politikberatung erstellen ließ, hilft nur wenig weiter. Am nächstliegenden wäre der Demografiebericht an den Landtag aus 2013. Man konzentriert sich auf den auch medial transportierten Zeitraum (von 2008) bis 2025, in dem die Bevölkerung um knapp 19 % sinken wird. Das Statistische Bundesamt (GENESIS-Datenbank) informiert uns: Sachsen-Anhalt wird 2040 zwischen 1,7 und 1,75 Mio. Einwohner haben, gegenüber heute (2015: 2,2) ein Rückgang um 23 %. Dass das Jahr 2040 (und spätere) im Demografiebericht nicht auftaucht, verwundert dennoch.<sup>1</sup> Es taucht in keinem der vielen Texte auf. Politikberatung der Landesregierung operiert auf kurze und mittelfristige Sicht, die Zukunft reicht bis 2020 und wenig mehr.

<sup>1</sup> [http://www.fachkraefte.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik\\_und\\_Verwaltung/StK/Fachkraefte/Dokumente\\_neu\\_geordnet/Fachkraeftesicherungsstrategie/Downloads\\_und\\_Links/2013\\_04\\_25\\_Demografie\\_Bericht\\_LT.pdf](http://www.fachkraefte.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/StK/Fachkraefte/Dokumente_neu_geordnet/Fachkraeftesicherungsstrategie/Downloads_und_Links/2013_04_25_Demografie_Bericht_LT.pdf) Allerdings hat sich die Landespolitik Sachsen-Anhalt langfristig mit den demografischen Veränderungen beschäftigt und die politischen Folgerungen gezogen, bspw. im Handlungskonzept „Nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt“ 2010 <http://www.demografie.sachsen-anhalt.de/>

Das muss einen nicht bitter stimmen. Die Zukunft ist offen, wir kennen sie nicht. Wie sollte man sie dann erforschen? Die Zukunftsforschung ist keine junge Disziplin,<sup>2</sup> auch wenn sie in der Politikberatung noch viel zu selten genutzt wird. Zudem entscheiden wir ständig über das, was die Zukunft ausmacht. Wir gestalten die Zukunft. Das Jahr 2040 hat für diese Fragen einen besonderen Reiz. Es liegt so viele Jahre vor uns wie die Deutsche Einheit, das Jahr 1990, hinter uns. Was wussten wir damals über heute? Und lassen wir die Pointe außen vor, zwei Jahre nur zurückgehend, in 1988: wer hätte damals auf die Deutsche Einheit gewettet?

25 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung – eine Generation später – hat sich die Region Leipzig-Halle-Jena bzw. die Metropolregion Mitteldeutschland wirtschaftlich stabilisiert und weiterentwickelt, kulturell erneuert und sozial gewandelt. Die Wiedervereinigung ist, wie das DIW zu Recht feststellt, eine „ökonomische Erfolgsgeschichte“<sup>3</sup>. Doch der Erfolg ist gemischt. In der Studie „Zukunft Ost“ von Roland Berger Consultants, finanziert vom Thüringer Wirtschaftsministerium, wurden einige Indikatoren benannt, die Wasser in den Erfolgswein gießen:

- Die um 20 % geringere Kapitalintensität der Wirtschaft mit der Folge, dass die Unternehmensausgaben für Forschung und Entwicklung in den neuen Ländern nur bei gut einem Drittel des Westniveaus liegen.<sup>4</sup>
- Das BIP pro Einwohner lag 2010 in Ostdeutschland nur bei genau zwei Drittel des Westniveaus (66,7 %), in 2013 lag es für Sachsen-Anhalt immerhin bei 69,5 %.<sup>5</sup>
- Auch das verfügbare Einkommen pro Kopf liegt dauerhaft bei rund 80 % des westdeutschen Durchschnittsniveaus<sup>6</sup> – dieser Wert markiert vor allem auch den Umverteilungsbedarf, der für ganz Deutschland und künftig auch für Europa gilt, eine Gleichverteilung der Ressourcen gab es nicht und wird es nicht geben.

Sachsen-Anhalt hat im Konzert der fünf neuen Länder Stärken, so die zweithöchste Exportquote und die höchste Lebenszufriedenheit der Einwohner.<sup>7</sup> Es lohnt sich damit ein genauerer Blick auf die Region Halle-Leipzig-Jena. Einerseits konnte die Region – anknüpfend an industrielle Strukturkonstellationen, die bereits Ende des 19./Anfang des 20. Jh. gelegt wurden – als Wirtschaftsmotor in Ostdeutschland wieder aufblühen. Andererseits sind die

---

2 Zur Geschichte der Zukunftsforschung umfassend und erhellend Seefried 2015.

3 Brenke u. a. 2014.

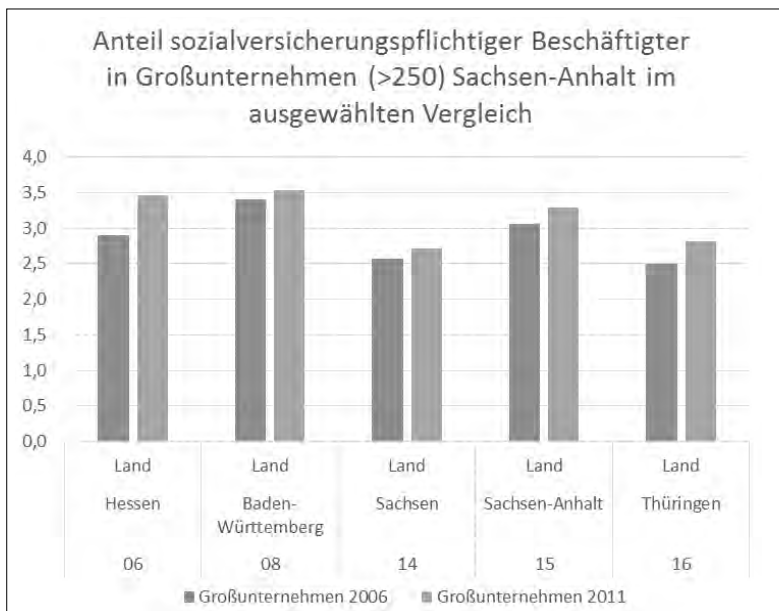
4 Roland Berger 2012, S. 8.

5 [https://www.statistik-bw.de/VolkswPreise/Indikatoren/VW\\_wirtschaftskraft.asp](https://www.statistik-bw.de/VolkswPreise/Indikatoren/VW_wirtschaftskraft.asp)

6 Roland Berger 2012, S. 10.

7 Ebd., S. 18.

Disparitäten innerhalb der Region weiterhin groß oder sogar gewachsen, z. B. in der Wirtschaftsleistung oder in der demografischen Entwicklung zwischen Kernstädten und Peripherie. Zugleich krankt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit an einem Mangel an global operierenden Großunternehmen mit Sitz in der Region. Das Strukturproblem, dass in Ostdeutschland weniger als 10 der 500 größten deutschen Unternehmen ihren Hauptsitz haben<sup>8</sup> und damit die in der Regel daran angelagerten gut bezahlten Erwerbsmöglichkeiten (plus daraus resultierenden Steuereinnahmen und Multiplikatoreffekten), besteht fort und kristallisiert sich als hinderlicher Standortfaktor.



**Abbildung:** Anteil der Betriebe mit mehr als 250 SV-Beschäftigten an den Betrieben insgesamt in %

*Quelle: Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2014. Hrsg.: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) – Bonn 2015.*

<sup>8</sup> Unter den 100 größten Unternehmen Deutschlands findet sich mit der VNG – Verbundnetz Gas Leipzig nur ein Unternehmen aus Mitteldeutschland.

Der Anteil der Großunternehmen, d. h. von Betrieben mit mehr als 250 Beschäftigten an den Betrieben insgesamt, entspricht in Sachsen-Anhalt mit 3,3 Promille in etwa dem Bundesdurchschnitt (Abbildung). Auch hier, in Sachsen-Anhalt, dominieren kleine und mittlere Unternehmen, zählt man Unternehmen bis 500 Beschäftigte dazu, generieren die KMU in Sachsen-Anhalt 62 % des Umsatzes im verarbeitenden Gewerbe.<sup>9</sup> Es stellt sich u. a. die Frage: Können Großunternehmen durch Infrastrukturmaßnahmen angezogen werden und, wenn ja, durch welche? Und muss das überhaupt sein, vor allem wenn wir in die mittlere Zukunft blicken, auf 2040?

Mit dem Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2019 und dem Auslaufen der Europäischen Strukturhilfen hoher Priorität 2020<sup>10</sup> wird zudem die Zukunftsgestaltung Mitteldeutschlands neu positioniert werden müssen. Infrastrukturelle Herausforderungen sowie langfristig wirkende Pfadabhängigkeiten der Energiewende werden kurz- bis mittelfristig antizipiert und auch gelöst werden müssen mit langfristigen Implikationen und Richtungssetzungen. Obwohl die strukturellen Disparitäten zwischen den „alten“ und den in dieser Hinsicht noch immer „neuen“ Bundesländern offensichtlich sind, fällt auf, dass der dominante Diskurs zur Infrastrukturentwicklung hier keinen Handlungsbedarf sieht. Ein bedrückendes Beispiel dafür ist der Bericht der Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Energie,<sup>11</sup> in dem Ost- bzw. Mitteldeutschland nicht thematisiert wird.

Die Ideen, Leitlinien und Optionen für eine Zukunftsentwicklung in den kommenden 25 bis 30 Jahren – die nächste Generation – sollten daher jetzt von allen relevanten Akteuren identifiziert und entwickelt werden. Insbesondere sollte eine Einbettung von Nachhaltigkeitsperspektiven in alle Dimensionen der Zukunftsplanung gesucht werden.

Dabei erscheint es sinnvoll, aktuelle Analysen und Vorschläge<sup>12</sup> zur Zukunft Ost- bzw. Mitteldeutschlands aufzugreifen, sie jedoch systematisch mit

---

9 Roland Berger 2012, S. 14.

10 So fällt die Region Leipzig aus den voll förderungsfähigen Regionengruppen heraus, alle anderen Regionen sind für den Zeitraum 2014–2020 in die Kategorie der Phasing-out-Regionen eingruppiert und werden nach 2020 auch als voll wettbewerbsfähig umgruppiert werden (siehe Kohäsionspolitik 2014 – 2020, [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/what/future/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/what/future/index_de.cfm))

11 Bundesminister 2015.

12 Z. B. der BMI-finanzierten Studie des vom IW Halle geführten Konsortiums (IWH u. a. 2011) und der TMWAT-finanzierten Studie der Roland Berger Strategy Consultants (2012).

einer ressourcenorientierten Analyse der Stärken der Metropolregion Leipzig-Halle-Jena bzw. Mitteldeutschland zu verknüpfen.<sup>13</sup> Der besondere Fokus sollte auf langfristigen Prozessen liegen und damit auf Infrastrukturen und Nachhaltigkeit in einem breiten Verständnis, d. h. unter Einschluss fiskalpolitischer, sozialer, gesundheitlicher und kultureller Dimensionen. Notwendig wird ein Prozess der Zukunftsgestaltung, der alle relevanten Stakeholder in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen einbezieht. Ziel muss es sein, die Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten und somit die Zukunftsfähigkeit der Region und der ansässigen Akteure in und für die nächste Generation zu erhalten und weiterzuentwickeln: Wo stehen wir nach 25 Jahren Wiedervereinigung, wie können wir die kommenden 25 Jahre zukunftsfähig gestalten?

Das Konzept der Metropolregionen hat zum Ziel, den interregionalen Wettbewerb zu stimulieren, die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit Deutschlands zu erhalten sowie zur Beschleunigung des europäischen Integrationsprozesses beizutragen.<sup>14</sup> Die zunächst als Städtetzwerk konstituierte Metropolregion<sup>15</sup> öffnet sich zunehmend für einen vertiefenden Verflechtungsprozess mit den umliegenden Mittelzentren und Landkreisen.<sup>16</sup>

Obwohl in den verschiedenen Metropolregionen durchaus wichtige Entwicklungsimpulse (z. B. durch die Erprobung regionaler Governance oder die Initiierung regionaler Wettbewerbe) gesetzt werden konnten, sind gemeinschaftlich entwickelte, zukunftsorientierte Konzepte in den Metropolregionen selten. Es mehren sich zudem kritische Stimmen hinsichtlich der „Metropolisierung“ von Städten und Stadtregionen. Dies hat letztlich aber auch etwas damit zu tun, dass bis heute weder das Rollenverständnis der Metropolregionen noch deren Verhältnis zur räumlichen (regulativen und auf Ausgleich bedachten) Planung abschließend geklärt ist.

---

13 Zur Rolle der Metropolregionen vgl. Opielka 2014.

14 Seit den 1990er Jahren sind zahlreiche Metropolregionen gegründet worden, darunter auch Mitteldeutschland. Die Region wurde von der deutschen Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) 1997 als siebte der insgesamt elf Metropolregionen in Deutschland bestätigt und liegt als einzige vollständig in den neuen Bundesländern.

15 Die Metropolregion Mitteldeutschland umfasst derzeit – nach dem Austritt von Dresden und Magdeburg Ende 2013 – mit Chemnitz, Dessau-Roßlau, Gera, Halle, Leipzig und Zwickau sieben Städte aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

16 So haben auf der Jahreskonferenz 2014 in Jena der Saalekreis, das Altenburger Land und der Burgenlandkreis den sofortigen Beitritt zum Netzwerk erklärt.

Der Status quo der Metropolregion Mitteldeutschland ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- Förderpolitische Maßnahmen der beteiligten Länder zur Stärkung der Metropolregion konnten in den vergangenen Jahren nicht die gewünschte Wirkung entfalten. Insbesondere außerhalb der jeweiligen Landeshauptstädte besteht noch weitreichendes Potenzial zum Ausbau und zur Modernisierung der Infrastruktur. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit der Landesregierungen anzustreben, um ganzheitliche oder aufeinander abgestimmte (Teil-)Konzepte, beispielsweise bei der Verkehrsinfrastruktur oder der Energiepolitik zu entwickeln.

*Ziel sollte sein, für die weitere Entwicklung der Metropolregion Mitteldeutschland strategische, übergreifende und zukunftsorientierte Leitziele zu verankern und in Form einer Roadmap abzubilden.*

- Ein einzelnes Netzwerk ist nicht zwangsläufig Wirtschaftsmotor oder kultureller Treiber. In Mitteldeutschland gibt es verschiedene Akteure und Formate, die zukunftsorientiertes Wissen reflektieren und an der weiteren Entwicklung der Metropolregion Mitteldeutschland beteiligt sind.<sup>17</sup> Für eine übergreifende Ausrichtung und die inhaltliche Füllung und Erweiterung stellt sich die Frage, welche weiteren Akteure/Netzwerke relevant sein könnten (beispielsweise Regionalforen, Aufgabenträger des ÖPNV, überregionale Stromnetzbetreiber, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie Akteure auf internationaler, supranationaler, nationaler und regionaler Ebene, die in der Initiative [www.damit-Deutschland-weiter vorne-bleibt.de](http://www.damit-Deutschland-weiter vorne-bleibt.de) zusammengeschlossen sind).

*Ziel sollte sein, ein Netzwerk zu etablieren, das die verankerten Leitziele mit den relevanten Akteuren für die weitere Entwicklung der Metropolregion Mitteldeutschland aktiv mit Leben versieht, umsetzt und weiterentwickelt.*

- Die weitere Entwicklung kann durch Impulse und Erfahrungen auch anderer Metropolregionen unterstützt, das systematische Lernen professionalisiert werden.
- Ziel sollte sein, Impulse und Good Practices zu beleuchten und in das Netzwerk einzubringen bzw. für die weitere Entwicklung der Metropolregion Mitteldeutschland fruchtbar zu machen.*
- Der Ansatz der Gemeinwirtschaft für das weitere Entwicklungspotenzial der Metropolregion Mitteldeutschland sollte sorgfältig geprüft werden (als vierter Bereich neben Profit-, Nonprofit- und staatlichem Sektor).

---

<sup>17</sup> Die Metropolregion Mitteldeutschland und die Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland haben im März 2014 ihren Zusammenschluss zum „Europäische Metropolregion Mitteldeutschland e. V.“ bekanntgegeben. Der neuen Organisation, die die bestehende Vereinsstruktur des Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland e. V. nutzt, gehören zum Start 54 Unternehmen, 3 Industrie- und Handelskammern sowie die Städte Leipzig, Halle (Saale), Dessau-Roßlau, Jena, Gera, Chemnitz und Zwickau an.

- Weiterhin sollte geprüft werden, welches Potenzial die neuere Diskussion um einen erweiterten Wohlstandsbegriff und die Erweiterung des Konzepts des Bruttoinlandsprodukts für die künftige Entwicklung Mitteldeutschlands beinhaltet.
- Darüber hinaus bedarf das Problem der Steuerschwäche ostdeutscher Länder insgesamt einer nachhaltigen Lösungsstrategie. Insbesondere setzen das Auslaufen des Solidarpakts und das Neuverschuldungsverbot für die Länder ab dem Jahr 2020 dabei einen verhältnismäßig präzisen zeitlichen Rahmen.<sup>18</sup> Kurz- bis mittelfristig sorgt der aktuelle Länderfinanzausgleich zwar für eine Reduzierung dieser Finanzkraftunterschiede zwischen den Ländern – bis zum Jahr 2020 wird der kooperative Föderalismus jedoch neu gestaltet werden müssen; nur vage kann prognostiziert werden, in welcher Form der Solidargedanke dann zum Tragen kommt. Mittelfristig sollte also die Stärkung der eigenen Steuerkraft – als der substanziellste und sicherste Weg – angestrebt werden, um die Unabhängigkeit von der bundesstaatlichen Solidargemeinschaft zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund sind wirtschaftliche Potenziale der Metropolregion Mitteldeutschland zu prüfen und zu bewerten.

Gemeinsam mit Thomas Lenk, Prorektor der Universität Leipzig, schlage ich daher vor, einen „Zukunftsplan Mitte Deutschland“ als Prozess aus der Metropolregion Halle-Leipzig-Jena heraus zu entwickeln.<sup>19</sup> Es geht um eine langfristige und übergreifende Entwicklungs- und Gestaltungsperspektive, um einen umfassenden Blick auf Zukunftsfähigkeit.

Der „Zukunftsplan Mitte Deutschland“ strebt den Wandel hin zu qualitativ hochwertigen Versorgungsleistungen an, etwa in den Bereichen der Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Kulturökonomie. Dabei wird es mit Blick auf die Entwicklung von geeigneten Managementpraktiken der Transformationsprozesse, angelehnt an die Kriterien der Gestaltungsfähigkeit, Politikkoordination oder Konsensbildung, insbesondere auch um eine Stärkung präventiver, gesellschaftlich produktiver Konzepte sowie eine deutlich verbesserte regionale und lokale Vernetzung der beteiligten Organisationen und Personen in den Versorgungssystemen und Infrastrukturen gehen. Der „Zukunftsplan Mitte Deutschland“ ist ein langfristig angelegter Foresight-Prozess zur wissenschaftlich unterstützten, partizipativen Entwicklung von Zukunftsperspektiven für die Region Mitteldeutschland. Er wird also nicht von externen Experten mit unbekanntem Normativen formuliert, sondern er ist ein partizipatives und reflexives Projekt, das sich am Ziel sozialer Nachhaltigkeit orientiert.

---

<sup>18</sup> Lenk/Kuntze 2012, S. 6.

<sup>19</sup> Opielka/Lenk 2014.

Deshalb möchte ich mit einigen inhaltlichen Gedanken zu „Sachsen-Anhalt 2040“ schließen: Prozess ist nicht alles. Sachsen-Anhalt benötigt eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die die zukunftssträchtigen Wertschöpfungsbereiche im Blick hat und fördert. Fest steht aber: Die Billigproduktion ist nicht das hiesige Wirtschaftsmodell. In der „Industrie 4.0“ wird ein erheblicher Anteil der Produktion aus anderen Teilen der Welt nach Deutschland zurückkehren, weil Kleinserien, deren Produkte sehr speziell und individuell sind, hier gefertigt werden. Sachsen-Anhalt und die Metropolregion Halle-Leipzig-Jena können ein Modell für zukunftsfähiges Wirtschaften werden: nachhaltig, technologisch avanciert, sozial eingebettet. Weniger und besser, statt viel und billig, Qualität statt Quantität – das könnte die Leitmelodie für die nächste Generation sein.

Der Megatrend Digitalisierung erfordert staatliche Vorleistungen für Innovationssektoren und Infrastrukturen, da die historische Erfahrung zeigt, dass das „Kapital des Staates“<sup>20</sup> den langen Atem für das Vorantreiben von Zukunftstechnologien und den Ausbau erneuerbarer Energien besitzt. In 25 Jahren wird die Welt auch durch die Digitalisierung eine andere Welt sein. Kleine Länder können Pfadabhängigkeiten flexibler bewältigen und Innovationen ermöglichen. Wenn Wissen in der Wissensgesellschaft zur Produktivkraft wurde, dann lohnt sich der Blick auf Potenziale, auf Ressourcen und Chancen, auf das Neue, auf die Gestaltung der Zukunft. Der Blick zurück, auf 25 Jahre Sachsen-Anhalt, erfordert Realismus: zu wenig Investition in Qualifikationen und „Humankapital“, zu wenig Internationalisierung und zu wenig Risiko- und Innovationsbereitschaft.<sup>21</sup> Das kann sich ändern, es wird sich ändern.

Sachsen-Anhalt 2040 kann zur Fortschrittsregion in Deutschland und Europa werden, wenn klar bleibt: regionale Disparitäten können nur in einem wohlfahrtsstaatlichen Ausgleichssystem produktiv gewendet werden. Ich persönlich halte – künftig noch mehr als bisher – Individualsubventionen für weitaus weniger marktverzerrend als Struktursubventionen, auch wenn es letztere aus vielen Gründen geben muss. Möglicherweise würde Sachsen-Anhalt gewinnen, wenn es beispielsweise ein Grundeinkommen für alle gibt. Wirtschaftliche Aktivität kann sich dann verstärkt auf das konzentrieren, was wirklich gebraucht und gewollt wird. Doch auch ohne ein Grund-

---

20 Mazzucato 2014.

21 So das kritische Resümee von Oliver Holtemöller (IW Halle) in seinem Vortrag auf den 22. Wittenberger Gesprächen.



einkommen kann Sachsen-Anhalt im Jahr 2040 ein prosperierendes, welt-offenes Land mit nachhaltigem Wohlstand sein, wenn regionale, nationale und globale Bedarfe identifiziert und klug beantwortet werden.

## Literatur

Brenke, Karl u. a., 2014, Die Wiedervereinigung – eine ökonomische Erfolgsgeschichte, in: DIW-Wochenbericht, 40-2014, S. 935-937.

Bundesminister für Wirtschaft und Energie, 2015, Stärkung von Investitionen in Deutschland. Bericht der Expertenkommission, Berlin.

Diefenbacher, Hans u. a., 2014, Regionaler Wohlfahrts-Index und Gestaltung wohlfahrtsorientierter Wirtschaftspolitik, Mainz: Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung.

IWH/DIW/ifo Dresden/IAB/HoF/RWI, 2011, Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland. Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. IWH-Sonderheft 2/2011, Halle (Saale).

Lenk, Thomas/Kuntze, Martina, 2012, Neuordnung der föderalen Finanzverfassung nach 2019 unter besonderer Berücksichtigung der kommunalen Finanzausstattung, Gütersloh.

Mazzucato, Mariana, 2014, Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum, München: Kunstmann.

Opielka, Michael/Evers-Wölk, Michaela/Nolte, Roland/Göll, Edgar/Kamburov, Christian, 2014, Erfolgreiche regionale Transformationsprozesse. Mögliche Zukünfte für die Region Ruhr – Kurzstudie im Auftrag der Brost-Stiftung. Berlin: IZT - Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung. Online verfügbar unter: <http://www.broststiftung.ruhr/wp-content/uploads/2014/01/IZT-Kurzstudie-Transformation-Ruhr-Brost-Stiftung-2014-6-1-Online.pdf>

Opielka, Michael/Lenk, Thomas, 2014, Zukunftsplan Mitte Deutschland. Initiierung und Steuerung eines zukunftsorientierten Kommunikationsprozesses mit fachlichem Input, Berlin: IZT/Leipzig: Universität Leipzig.

Roland Berger Strategy Consultants, 2012, Zukunft Ost. Analysen, Trends, Handlungsempfehlungen, Erfurt: TMWAT.

Seefried, Elke, 2015, Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980, Berlin/Boston: de Gruyter.

## Vorstellung des Referenten

Sehr geehrter Herr Dr. Schüssel, vielen Dank für ein lebhaftes und anregendes Impulsreferat, das eigentlich jetzt schon in jede Podiumsdiskussion münden könnte und dafür genügend Stoff bietet. Ich habe mehrere Punkte mitgenommen. Ich weiß nicht, ob der Herr Ministerpräsident bereits die Reise nach Niederösterreich geplant hat. Die Frage, ob er das dienstlich oder privat macht, müssen wir an dieser Stelle nicht beantworten.

Ich nehme aus dem Referat zudem mit, dass Theorie und Praxis auch im Regierungshandeln unterschiedliche Dinge sind. Das Beispiel mit Herrn Schumpeter war deutlich genug.

An dieser Stelle ist es dennoch Zeit, die Wissenschaft zu Wort kommen zu lassen. Ich begrüße ganz herzlich unseren zweiten Referenten Professor Dr. Michael Opielka. Er ist Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung. Er wurde 1956 geboren, studierte Rechtswissenschaften, Erziehungswissenschaften und Psychologie an den Universitäten Tübingen und Zürich. Er ist also denkbar breit akademisch aufgestellt.

Im Jahr 1996 folgte die Promotion im Fach Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, 2008 die Habilitation an der Universität Hamburg. Seit August 2012 leitet er als Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer das Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung.

Seit dem Jahr 2000 lehrt er im Fachbereich Sozialwesen der Ernst-Abbe-Hochschule Jena und vertritt das Fachgebiet Sozialpolitik. Außerdem lehrt er als Privatdozent für Soziologie an der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg. Vor seinem Ruf nach Jena im Jahr 2000 arbeitete er unter anderem als Rektor und Geschäftsführer der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft in Alfter bei Bonn.

Zudem ist er ein international ausgewiesener Experte auf dem Gebiet der Sozialreformenanalyse und Politikberatung.

Seine Forschungsschwerpunkte sind mannigfaltig. Er ist unterwegs im Bereich Sozialpolitik, Religions- und Wissenssoziologie, Familienforschung, Soziologische Theorie und Kulturtheorie. Ferner vertritt er – das ist auch keine Selbstverständlichkeit – die Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen.

Sein Thema heute: Sachsen-Anhalt 2040 – Zukunftsplan und Zukunftsforschung. Ich freue mich auf seinen Vortrag.

**Staatskanzlei des Landes  
Sachsen-Anhalt (Hrsg.)**

## **Sachsen-Anhalt 4.0**

# **Wo steht das Land in 25 Jahren?**

**Dokumentation zu den Redebeiträgen  
des 22. Wittenberger Gesprächs  
am 11. März 2015**

**Herausgeber:**

Staatskanzlei Sachsen-Anhalt  
Referat Öffentlichkeitsarbeit, Landesmarketing  
Postfach 4165  
39016 Magdeburg

Fotos: Foto Studio Kirsch, Cornelia Kirsch, Lutherstadt Wittenberg

Titel: Halberstädter Druckhaus GmbH

Druck: Halberstädter Druckhaus GmbH

Oktober 2015

Gedruckt auf Umweltpapier

Diese Druckschrift wurde im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben politischer Informationen oder Werbemittel.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Nachdruck, auch auszugsweise verboten. – Alle Rechte vorbehalten. Recht zur foto-mechanischen und digitalen Wiedergabe nur mit Genehmigung des Herausgebers.